Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik od. sonstig irgend welcher Störung d. Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchtl. —.55 Gold-Mark bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentl. —.50 Gold-Mark; durch die Post monatlich M 2.50 freibleibend.

Anzeigen-Grundzahlen in Goldmark: Die sechsmal gespaltene Petitzeile (Mosse's Zeilenmesser 14) M —.20, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M —.15. Amtliche Zeile M —.60 und M —.45; Reklame M —.50. Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. — Briefkurs vom Zahltag. Mindestkurs: Tag der Rechnung. — Familien-Anzeigen nach ermäßigtem Tarif

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Vollung, Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 365. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 18 | **Dienstag, den 12. Februar 1924** | 76. Jahrgang

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Zweigstelle Pulsnitz

Rentenmark-Konten
Wir verzinsen **Rentenmark-Spareinlagen** bis auf weiteres wie folgt:
7 % p. a. bei täglicher Verfügung
8 % - - - 1 monatlicher Kündigung oder 1 Monat fest
9 % - - - 3 monatlicher Kündigung oder 3 Monate fest
Größere Beträge auf Wunsch mit Wertsicherung auf Dollar-Basis. — Laufende Konten provisionsfrei.

Pulsnitzer Bank
e. G. m. b. H.
Pulsnitz und Ohorn

Amtlicher Teil.

Auf Blatt 441 des Handelsregisters, die Firma **Ueberlandkraftwerke Pulsnitz, Aktiengesellschaft in Pulsnitz**, ist heute eingetragen worden:

Die Generalversammlung vom 18. Oktober 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um sechzig Millionen Mark, bestehend in

3000 Stück Aktien zum Nennwerte von je 5000 M und
20000 „ „ „ „ „ „ 1000 M

beschlossen. Diese Erhöhung ist erfolgt.

Der Gesellschaftsvertrag vom $\frac{\text{27. Juni 1923}}{\text{24. August 1923}}$ ist durch den gleichen Beschluß laut Notariatsprotokoll vom 18. Oktober 1923 in einem anderen Punkte abgeändert worden.

Amtsgericht Pulsnitz, am 1. Februar 1924.

Städtische Wohnungsbauten.

Durch Beschluß der städtischen Kollegien sind auch in diesem Jahre Mittel zur Errichtung von Wohnhäusern bereitgestellt worden. Vor Beginn der Bauten soll hiesigen Wohnungsuchenden Gelegenheit gegeben werden, sich durch Zahlung eines entsprechenden Baukostenbeitrags (von zirka 2000 G.-Mk. ab) in diesen Bauten eine Wohnung auf längere Zeit (etwa 10 Jahre) zu sichern.

Bewerber wollen sich bis zum 29. Februar 1924 im hiesigen Stadtbauamt melden, wo auch alles weitere zu erfahren ist.

Pulsnitz, den 12. Februar 1924. **Der Rat der Stadt.**

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung

Freitag, den 15. Februar 1924, abends 1/2 8 Uhr
im Sitzungszimmer des Rathauses.

Tagesordnung hängt vom Donnerstag, den 14. d. Mts. ab in der Rathausflur zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

Pulsnitz, den 12. Februar 1924. **Der Stadtverordnetenvorsteher.**
Walther Nier.

Das Wichtigste.

In Thüringen sowie in Lübeck erbrachten die Wahlen eine bürgerliche Mehrheit.

Die Reichstagswahlen finden voraussichtlich am 15. Juni nach dem alten Reichswahlgesetz statt.

Das Volksbegehren auf Landtagsauflösung ist vom sächsischen Gesamtministerium abgelehnt worden.

Wie verlautet, hat das amerikanische Staatsdepartement Pressevertretern erklärt, daß die Haltung der deutschen Botschaft in der Frage der Flaggenhissung die internationale Courtoisie nicht verletzt habe.

Nach einer Baseler Meldung haben die Sachverständigen einstimmig die Räumung des Ruhrgebiets als Voraussetzung für Reparationszahlungen Deutschlands bezeichnet.

Der französische Ministerpräsident Poincaree ist an Grippe erkrankt.

Lohnpolitik.

Der Uebergang von Papiermarklöhnen zu Goldlöhnen ist vollzogen worden. Zwar können die heutigen Lohnsätze noch nicht als Abschluß dieser Uebergangsentwicklung angesehen werden, aber sie lassen doch einen gewissen Schluß zu auf die weitere Entwicklung der Lohnhöhen. Was zunächst an den Lohn- und Gehaltssätzen auffällt, das ist die Tatsache, daß sie gegenüber der Vorkriegszeit verhältnismäßig niedrig sind. Wollten beim Uebergang zu den Goldlöhnen die staatlichen Schlichtungsausschüsse die Politik einschlagen, zu den Friedenslöhnen 60 % als Goldentwertungsfaktor aufzuschlagen und von dieser Summe 80 % als Entbehrungsfaktor abziehen, so zeigten die vergangenen Wochen, daß eine derartige rein schematische Festsetzung des Goldlohnniveaus unmöglich ist. Man kann sich nicht auf den Standpunkt stellen, die Löhne, wie es die Schlichtungsausschüsse wollten, einfach auf 80 % der Vorkriegszeit festzulegen. Im Gegenteil, es gibt Werke, die einen Lohnsatz über dieser Höhe zahlen können, aber es gibt in Deutschland sehr zahlreiche Betriebe, die leider in der Mehrheit sind, die 80 % des Vorkriegslohnes nicht tragen können. Wenn z. B. ein Betrieb, der in der Wirtschaftskrise wegen Absatzstockung schließen mußte, nunmehr unter erschwerten Bedingungen die Arbeit wieder aufnimmt, so wird dieser Betrieb erst mit der Zurückgewinnung der alten und der Erschließung neuer Absatzgebiete seine Lohnhöhen allmählich steigern können. Greift hier ein staatlicher Schlichtungsausschuß ein und befiehlt von oben herunter 80 % der Friedenslöhne als Lohnsatz, dann wird der Betrieb überhaupt nicht die Arbeit wieder aufnehmen können.

Diese einfache Ueberlegung zeigt zunächst, daß wir von der schematischen Lohnpolitik der vergangenen Jahre heute loskommen müssen. Es ist deshalb verfehlt, wenn in der Gewerkschaftspresse immer wieder ein Vergleich gezogen wird zwischen den deutschen und den ausländischen Löhnen. So schrieb erst in diesen Tagen ein führendes sozialdemokratisches Blatt, daß der amerikanische Metallarbeiter etwa 30 Dollar in der Woche verdiene gegenüber einem „hohen" Wochenverdienst des deutschen Metallarbeiters von 30 Goldmark. Derartige Betrachtungen sollen den Anschein erwecken, daß wir sehr wohl in der Lage wären, die Goldlöhne im Wege der staatlichen Zwangsschiedssprüche schematisch zu erhöhen. In Wirklichkeit aber gewinnt die Sachlage schon ein vollkommen anderes Bild, wenn man einmal die Löhne des Auslandes miteinander vergleicht. So verdiente z. B. im April 1923 ein Maschinenschlosser in London 60,06 Goldmark, in Amsterdam 52,71, in Brüssel 29,80, in Christiana 55,63, in New York 126,— und in Paris 12,29 Goldmark. Allein diese wenigen Ziffern geben einen Beweis dafür, daß von einem „ausländischen Lohnniveau" überhaupt nicht gesprochen werden kann. Auch aus wirtschaftlichen Ueberlegungen ergibt sich diese Tatsache. Die Goldbestände der Welt sind während des Krieges in Amerika zusammengeströmt. Damit ist der Preisstand und auch das Lohnniveau in Amerika höher als in den übrigen Staaten.

Deutschland kann sich heute nicht mit den Staaten vergleichen, die nicht durch einen Friedensvertrag in unerträglicher Weise belastet sind. Unsere deutsche Volkswirtschaft muß einen schweren Lebenskampf führen und muß deshalb aus sich selbst heraus die Lohnhöhen finden, die wirtschaftlich tragbar sind.

Das erste Erfordernis einer gesunden Lohnpolitik ist die Befreiung von jedem schematischen Zwang. Weiterhin wird es darauf ankommen, unsere Lohnpolitik auf den Grundsatz des Leistungsprinzipes abzustellen. Solange der Arbeitnehmer nicht die Gewißheit hat, seine Leistung auch tatsächlich bezahlt zu erhalten, solange wird auf Arbeitnehmerseite ein gewisses Zurückhalten mit der Leistung die Folge sein. Schon diese Tatsache läßt erkennen, daß die Lohnpolitik nicht nur das Kernstück der gesamten Sozialpolitik bildet, sondern gleichzeitig auch für die Wirtschaft ein antreibendes oder hemmendes Moment sein kann. Der schematische Gleichheitslohn der vergangenen Jahre, die gleiche Bezahlung der gelernten und ungelernten, der qualifizierten und unqualifizierten Arbeit mußte zu dem Produktionsrückgang und zu der Produktionsverteuerung führen, wie wir es in den letzten Jahren erlebt haben. Tritt hier nicht eine Wandlung ein, dann wird jede Anstrengung, eine Produktionssteigerung zu erreichen, vergeblich sein.

Der gesamte sozialistische Spuk der verflossenen Jahre ist heute mehr oder weniger beseitigt. Die bittere Not hat uns dazu gezwungen, all die Spielereien aufzugeben, die einstmals von menschlichem Unverstand als „Errungenschaften der Revolution" gepriesen wurden. Wer nun aber glaubt, daß damit die soziale Bewegung Deutschlands wieder festen Boden unter den Füßen gewonnen hätte, der irrt. Im Gegenteil, was wir heute sehen, kann lediglich als ein Gärungsprozeß angesprochen werden. Die Zukunft aber wird davon abhängen, welche Richtung die Lohnpolitik einnimmt.

Nur durch die Anerkennung des eben erwähnten Leistungslohnes und durch den ehrlichen Willen der Werksleitungen, die Lohnhöhen festzusetzen, die für die Betriebe tragbar sind, kann das Mißtrauen zwischen den Parteien des Arbeitsmarktes, zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern, beseitigt werden. Aber auch nur, wenn der Arbeitnehmer die Gewißheit hat, daß er durch eine Erhöhung seines Reallohnes an einer größeren Rentabilität des Betriebes teilnimmt, wird die Grundlage dafür geschaffen sein, daß wir die heutige Wirtschaftskrise überwinden können.

Durch die große Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ist das Schwergewicht in der Lohnpolitik auf die Seite der Arbeitgeber verlegt. Die Arbeitgeber stehen vor der Wahl, entweder die Lohnpolitik in den alten Bahnen, d. h. über Tarifverträge mit den Gewerkschaften weiterzuführen, oder aber die Löhne werksweise nach der Leistung des Arbeitnehmers und nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Betriebes zu regeln. Von der Frage, welchen Weg in der Lohnpolitik die Arbeitgeber einschlagen, wird die gesamte sozialpolitische Entwicklung schlechterdings abhängen. Die Wahl zwischen den beiden Wegen aber dürfte bei nüchterner und sachlicher Erwägung nicht schwer fallen.

Oertliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Dresdner Streichquartett.) Die Quartette von Haydn, Schubert und Beethoven, die das Dresdner Streichquartett nächsten Donnerstag abend im Schützenhaus vorträgt, führen uns in die Hochblüte deutscher Musik in Wien. Das damalige Wienertum kommt am stärksten in Schuberts Werk mit seinen herrlichen Melodien zum Ausdruck. Das Thema des Andante wird manchem Hörer bekannt sein; Schubert hat diese schlichte Liedweise, die er offenbar besonders liebte, mehrfach verwandt. Reine Lebensfreude spricht aus dem letzten Satze, während die drei ersten Sätze, sogar das Menuett, einen leisen Hauch von Wehmut haben, der bei den Klangwundern Schuberts besonders rührend wirkt. In dem Quartett von Haydn dagegen herrscht mit Ausnahme des innigen langsamen Satzes überall ausgelassene Fröhlichkeit. Die vier Instrumente wetteifern mit einander, der heitersten Lebensfreude Ausdruck zu verleihen. Im Quartett von Beethoven kommen alle menschlichen Gefühle von den zartesten bis zu den leidenschaftlichsten zu Worte, oft in bewußten harten Gegensätzen scharf nebeneinander. Der 2. (langsame) Satz will alles Irdische vergessen machen und schwelgt in ergreifenden Tönen der Weihe, Andacht und Entrücktheit. Im 3. Satz hat Beethoven eine russische Melodie verwandt. Der 4. Satz jagt in toller Ausgelassenheit dahin, auch der eigenartige Humor Beethovens spielt darin eine Rolle. — Eintrittskarten im Vorverkauf 2 und 1 M Schützenhaus, Commerzbank, Konsumverein. Konzertbeginn 1/2 8.

Pulsnitz. (Mütterberatung.) Die nächste Mütterberatungssprechstunde findet Mittwoch, den 13. Februar, nachmittags 3 Uhr im Rathaus — eine Treppe — statt.

— (Wetterbericht) vom 11. Februar, früh: Unter der Wechselwirkung des nach Osten abziehenden „Hoch" und der Ausläufer des außerordentlich tiefen Minimums in Nordwesten dauert in Deutschland noch das Frostwetter fort, doch sind Schneefälle bisher nur zum Teil aufgetreten. Allmählig dürfte der niedere Druck die Oberhand gewinnen und uns etwas windiges, wärmeres Wetter mit zeitweisen Niederschlägen bringen.

— (Wie wird der Frühling?) Die Erwartung, daß der Winter seine Höhe überschritten habe und daß bessere Zeiten bevorstehen, wird in zahlreichen Bauernsprüchen bestätigt. Nach einem warmen Januar soll ein kalter Frühlingsanfang folgen; nach einem